



GdP IM GESPRÄCH MIT IM KARL PETER BRUCH

Keine Handlungsspielräume!?

In Fortführung der Gesprächsreihe mit Innenminister Karl Peter Bruch diskutierten Landesvorsitzender Ernst Scharbach, Margarethe Relet, Achim Eggert und Helmut Knerr neben der Besoldung der Beamtinnen und Beamten 2007 und 2008 und dem weiteren Vorgehen in den beamteten-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Fragen auch die besonderen Altersgrenzen für die Polizei, die Personalsituation im Wechselschichtdienst, die Beförderungen 2008, Fortführung der zweigeteilten Laufbahn sowie die Förderung, Personalplanung und -verwendung von Tarifbeschäftigten.

Keinen Handlungsspielraum sieht Minister Bruch zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Besoldungsregelung. Ernst Scharbach verdeutlichte die GdP-Forderungen zu Einmalzahlungen von 450 Euro für den höheren Dienst, 600 Euro für den gehobenen Dienst und 900 Euro für den mittleren Dienst sowie einer linearen Erhöhung der Besoldung ab 2008 um 2,9%. Bruch sieht nach der Gesetzesvorlage der Landesregierung und schwierigen Haushaltssituationen nun die Parlamentarier in der Pflicht. GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach kündigte verschiedene gewerkschaftliche Aktionen für die Durchsetzung der Besoldungsforderung an und fordert vom Parlament, dass der Gesetzentwurf der Regierung deutlich nachgebessert wird. Mittlerweile haben CDU und FDP eine pauschale Regelung einer Besoldungserhöhung ohne Einmalzahlungen ab 2008 um 2,9% in die politische Diskussion eingebracht, so Scharbach weiter.

Die GdP-Vertreter formulierten auch, dass die GdP gegen die Rente mit 67 und gegen eine Anhebung der Pensionsgrenze auf 67 ist. Für die GdP ist nach wie vor die 60 das Maß der Dinge in Bezug auf die Lebensaltersgrenze bei den Polizistinnen und Polizisten. Erneut bestätigte Bruch, dass gerade bei der Polizei die Regelungen zu § 208 LBG in dieser Diskussion Beachtung finden

werden und es keine Veränderungsoberlegungen hierzu bei der Landesregierung gibt.



V. li. n. re. Achim Eggert, Ernst Scharbach, Karl Peter Bruch, Margarethe Relet, Phillip Römer u. Werner Blatt

In die weiteren politischen Diskussionen wird die GdP auch ein Programm zur Verbesserung der Zulagen der Polizei, speziell die Wechselschichtdienstzulage, die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten aber auch von Zusatzurlaub für den Wechselschichtdienstes, einbringen. Die GdP wird auch darauf drängen, dass kurzfristig eine gesetzgeberische Maßnahme durch das ISM erfolgt, um die Polizeizulage wieder generell oder zumindest für die vom kurzen Übergang der Verlagerung der Pensionsgrenze betroffenen Kolleginnen und Kollegen als Teil des Ruhegehalts zu sichern. Diese Initiativen

wird die GdP auch an Finanzminister Deubel richten.

Im Mittelpunkt der Unterredung stand ebenso die Beschreibung der Personalsituation im Wechselschichtdienst (wir berichteten bereits darüber). Minister Bruch sagte zu, sich des Themas anzunehmen. Allerdings sei auf Grund der Haushaltslage nicht mit einer Personalverstärkung zu rechnen. Die Botschaft der GdP kam an. Bruch beauftragte die Polizeiabteilung, der Schwächung des Schichtdienstes entschieden entgegenzutreten.

Für die Realisierung von GdP-Forderungen zur Verbesserung der Beförderungszahlen in 2008 sieht Minister Bruch aufgrund der Haushaltsdaten keinen Handlungsspielraum. Nach seinen Einschätzungen wird es hier keine Änderungen geben. Ansätze zu einem Nachtragshaushalt sieht er nicht. Ernst Scharbach zeichnete die Stimmung in der Polizei und signalisiert, dass die GdP für eine massive Verbesserung der Beförderungsstrukturdaten eintritt. „Die Polizei bekommt zwar die Belastungen in vollen Zügen, den

Fortsetzung auf Seite 2

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **FRAUEN IN DER POLIZEI**
Seite 3

■ **BESOLDUNG**
Seite 5

■ **AUS DEM HPRP**
Seite 6

■ **AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN**
Seite 8

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

psw-rp@gdp-online.de

psw-reisen-rp@gdp-online.de

Fortsetzung von Seite 1

Lohn und die notwendigen Zuwendungen bekommt sie allerdings versagt“, so Scharbach in seiner Bewertung gegenüber Minister Bruch.

Die angespannte Situation im Tarifbereich brachte Kollegin Relet vor. Durch die Einsparvorgabe von 1,8 % des Personalbudgets sinkt die Zahl der Tarifbeschäftigten weiter um jährlich ca. 30 bis 35. Minister Bruch erklärte, dass eine Aufhebung dieser

Vorgabe zurzeit nicht möglich sei. Auch an der halbjährlichen Wiederbesetzungssperre im Tarifbereich wird festgehalten. Stellennachbesetzungen sind nur im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets möglich. Kollegin Relet wies darauf hin, dass durch diese Maßnahmen wieder vermehrt Polizeibeamte und -beamtinnen in den administrativen Bereich wechseln und dadurch den Wechselchichtdienst weiter schwächen. Der Vorschlag der GdP, die Aus-

bildungsstellen frühzeitiger auszuscheiden und motivierte und engagierte Auszubildende bereits in eine Personalvorplanung einzubeziehen, wurde aufgegriffen. Außerdem fordert die GdP, dass die Fort- und Weiterbildung der Tarifbeschäftigten der Polizei im Rahmen des neuen TV-L und der gemeinsamen Zielvereinbarung in der Landesverwaltung intensiviert werden (Beispiel: Verwaltungsprüfung II, Möglichkeit eines Studiums). Zum Thema Mindestlohnsiche-

rung und Tariftreuegesetz machte Ernst Scharbach den Vorschlag, zu prüfen, ob bei der Fremdvergabe aller Art an Privatfirmen innerhalb des Polizeibereichs (Reinemachefirmen, Wachdienste) Mindestlohn gezahlt wird und ob es nicht kostengünstiger ist, im Zusammenhang mit den neuen Entgeltgruppen des TV-L wieder „eigenes Personal“ einzustellen. Minister Bruch nahm diesen Vorschlag dankend an und sagte einen Prüfungsauftrag zu. **red**

DGB

Gespräch mit dem Ministerrat

Finanzminister Ingolf Deubel wies die Forderung von Ernst Scharbach (GdP) nach Einmalzahlungen für 2007 und einer 2,9%igen Lohnerhöhung für 2008 für die Beamtinnen ab.

Rheinland-Pfalz weise – trotz der Steuermehreinnahmen – ein strukturelles Minus von 800

Mio. € aus. Andere Länder, sogar Berlin, hätten die Neuverschuldung mit teils brachialen

chen mit den anderen Bundesländern berücksichtigen, dass dort in den vergangenen Jahren noch sehr viel stärker bei dieser Berufsgruppe gespart worden sei. Rechne man Weihnachtsgeld und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf teils 42 Stunden hinzu, so sei-

Scharbach verwies hingegen auf die massiven Einschnitte der vergangenen Jahre, die Besoldungserhöhungen in den anderen Ländern und im Bund sowie den Tarifabschluss.

Am Ende der hitzigen Debatte befand Ministerpräsident **Kurt Beck**, dass die Landesregierung auf ihrer Position beharre. Es bleibe bei der Erhöhung um 0,5%. **Ernst Scharbach** kündigte weitere Protestmaßnahmen der Gewerkschaften im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens an. (s. a. Flugblatt vom 6. 9. 2007) **red**

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470



Mehrere Stunden Zeit nahmen sich Ministerpräsident Kurt Beck und die Ministerinnen und Minister für ein – inzwischen zur guten Tradition gewordenes – Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Dietmar Muscheid und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften.

Maßnahmen gegen Null gedrückt. Der beitragsfreie Kindergarten, die Gebührenfreiheit im Erststudium und notwendige Investitionen schlugen zu Buche. Die Beamtinnen und Beamten müssten bei ihren Verglei-

en die Beamten in Rheinland-Pfalz im direkten Vergleich sogar bessergestellt. Andere Länder stellten die Pensionäre gegenüber den Aktiven zusätzlich schlechter. Dies tue man in RP nicht. **Boehlkau, Klemens** und

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23

FRAUEN IN DER POLIZEI

Bereicherung und Normalität

Meine Einzeldienstausbildungsstationen während der Erstausbildung fanden alle bei der PI KO 1 statt. Damaliger Dienststellenleiter war noch EPHK Grescheck, der mich mit den Worten begrüßte:

„Du bist zwar eine Frau, trotzdem gibt es für die keine Extrawürste!“

Wer ihn kannte, weiß, dass er dies nicht böse meinte!

In der ersten Zeit auf der PI KO 1 gab es weder Frauenumkleiden, noch extra WC, noch Duschen. Umgezogen habe ich mich in der Asservatenkammer, wo mir auch ein „Spind“ zur Verfügung gestellt wurde. Die Kollegen waren so nett, sich vor der Dusche zu postieren, wenn ich ihre Dusche nutzte. Sie haben so gut aufgepasst, dass es nie zu „diplomatischen Verwicklungen“ unter der Dusche kam.

Als ich im Rahmen der praktischen Ausbildung bei der PI KO 1 1991 eine Verkehrskontrolle durchführte, sagte ich beim Verkehrsteilnehmer brav mein Sprüchlein:

„Guten Abend, allgemeine Verkehrskontrolle. Bitte geben Sie mir Ihren Führerschein und Fahrzeugschein.“

Der männliche Verkehrsteilnehmer lächelte mich an, stieg aus, blickte sich um und fragte: „Wo ist die versteckte Kamera?!“

Erst als die ebenfalls anwesenden männlichen Kollegen ihm bestätigten, dass ich tatsächlich „Polizei“ bin, übergab er mir unter lautem Lachen seine Papiere.

Als ich meinen Dienst bei der PI Andernach antrat, wurde ich als erstes gefragt, wann ich denn gedenke, schwanger zu werden. Die PI war stark mit schwangeren Kolleginnen gebeutelt, für die es natürlich keinen Ersatz gab. Ich willigte mit einem Augenzwinkern ein, dass ich unter Aufsicht meines DGL brav die Antibabypille weiter einnehmen würde.

Seit 1998 trat ich als 1. Frau im PP meine DGL-Stelle bei der



Jutta Pauli

PI KO 2 an. Mir wurde leider immer wieder vor Augen gehalten, dass diese „Führungsposition“ als Frau innezuhaben, etwas Besonderes sei. Leider wurde den Kollegen und mir damit auch suggeriert, dass ich diese Position nicht aufgrund meiner Leistung, sondern wegen meiner Zugehörigkeit zum Stamme Frau bekommen hatte. Bestätigt wurde mir dies auch immer wieder in der Folgezeit. Beförderungen fanden und finden leider immer noch mit zu wenig Berücksichtigung der Frauen

statt. Oder wie lässt es sich erklären, dass bei der PD Koblenz noch immer keine Frau die A 12 innehat?!

Nicht unerwähnt sollte ebenfalls sein, dass in den zahlreichen AGs, die es in diesem Lande gibt, immer eine Frau sitzen sollte. Die Begrüßung erfolgt fast immer mit folgenden Worten: „Sehr geehrte Frau Pauli, liebe Kollegen!“ ... Ich denke auch, dies bedarf keinerlei Kommentierung.

Auf jeden Fall habe ich bis heute in der Position des DGL „überlebt“. Ich hoffe, dass ich dies meiner Sachkompetenz zu verdanken habe, denn den „Frauenbonus“, den die männlichen Kollegen so sehr lieben, gibt es nach meiner Erfahrung nämlich nicht.

Positiv sei anzumerken, dass für den Bürger Frauen bei der Polizei als normal gelten, sanitäre Anlagen und Umkleiden für Frauen (fast) überall zu finden sind und die männlichen Kollegen immer ein wachsames Auge auf einen halten.

Mir macht der Job weiterhin Spaß und ich würde nieeeeeee tauschen wollen.

Jutta Pauli

Dienstlicher Werdegang Jutta Pauli

Einstellung 1991 mit anschließender 2-jähriger Ausbildung (Erstausbildung) bei der Bereitschaftspolizei in Enkenbach. 1993 – 3-monatiger Objektschutz bei der Staatskanzlei in Mainz und anschließend 6 Monate Einzeldienst bei der PI Boppard. Danach erfolgte die 3-jährige Ausbildung an der FHÖV. 1996 Verwendung bei der PI Andernach (Abwesenheitsvertreter) 1997 Verwendung bei der PI Koblenz 1 (Abwesenheitsvertreter) seit 1998 DGL bei der PI KO 2 mit einer Dienststärke von 1/8

BG MAINZ

Jede Menge Infos

... gab es für die Mitglieder der Kreis- und Bezirksgruppe Mainz in Berlin. Auf Einladung von Michael Hartmann, Abgeordneter des Deutschen Bundestages, dort u. a. stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verbrachten wir eine Woche in der Bundes-

hauptstadt. Neben Besuchen beim BKA, BMI und dem Bundestag mit Abgeordnetenhaus kam auch der gemütliche Teil bei diesem Besuch nicht zu kurz.

Stefanie Loth

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-rp.de
 0 61 31/9 60 09 31

Gewinner gezogen



Die neue Auszubildende bei der GdP, Angela Schmitt, spielte zusammen mit Margarethe Relet (re.) und Elke Blumenhagen (li.) Glücksfee für die Verlosung aus „Kurz berichtet“, Juli 2007. Gutscheine für die Sauna „Schwitzkasten“ haben gewonnen: Astrid Grünanger, KG PP/PD Mainz, Marco Blatzheim, KG ZPT, und Ralf Pidde, KG Vorderpfalz. Ein Gutschein für zwei Übernachtungen, zwei Personen im Hotel „Radisson Rostock“ hat gewonnen: Peter Lang, KG WSP.

BESOLDUNG

Ein Stück vom Kuchen



Die Vorsitzenden der GEW, Tilmann Boelkau und Ernst Scharbach, überreichten den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses eine „Euro-Torte“, um auf die Forderung der DGB-Gewerkschaften nach einer angemessenen Besoldungserhöhung hinzuweisen. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Hans-Josef Bracht, CDU, Astrid Schmitt, SPD, Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär im Finanzministerium, Ernst Scharbach, GdP, Tilmann Boelkau, GEW, Gerd Schreiner, CDU

KURZ & KNACKIG

■ GdP-Rechtsschutz

Monatlich um rund 93 Euro (rd. 8 Prozent) höhere Versorgungsbezüge als bisher erhält rückwirkend ab März 2006 die Witwe eines Polizeikollegen (PHMmZ), die sich mit GdP-Rechtsschutz erfolgreich gegen den Versorgungs-Festsetzungsbescheid der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle im Saarland gewehrt hatte und jetzt Recht bekam.

Das Mitglied, Witwe eines drei Monate vor Erreichen des Pensionsalters (60) verstorbenen Polizeikollegen, war durch in den letzten Jahren gesetzlich geschaffene Versorgungskürzungen finanziell gleich mehrfach (und daher, wie wir meinen, über Gebühr) in Mitleidenschaft gezogen worden:

a) Da ihr Mann noch als aktiver Beamter (rd. drei Monate vor Erreichen der Altersgrenze!) verstarb, nahm das Landesamt einen Versorgungsabschlag um „0,29 Jahre“ oder 1,04 v. H. seines Ruhegehalts vor.

b) Da der PHM seine Amtszulage erst zwei Jahre und elf Monate bezogen hatte (also die nach bisherigem § 5 Abs. 3 BeamtVG erforderliche 3-jährige Versorgungswartezeit noch nicht erfüllt war), blieb die Amtszulage (227,76 Euro) bei der Ruhegehaltsberechnung außen vor.

c) Da die Ehe nicht schon am 31. 12. 2001 bestanden hatte, kam auch die mit dem Versorgungsänderungsgesetz zum 1. 1. 2002 geschaffene Absenkung,

Das VG des Saarlandes korrigierte diesen Festsetzungsbescheid, Az: 3 K 325/06 Mehr auf

www.gdp.de/Saarland

BESOLDUNG

Kreisgruppen im Gespräch mit MdL

Im Rahmen der Aktion „Wir wollen unser Stück vom Kuchen“ hat der Vorsitzende der KG PD KL, Koll. Heinz Rahm, zu einem gemeinsamen Gespräch mit dem MdL der SPD, Herrn Thomas Wansch, eingeladen.

Mit den Worten „Sicherheit für die Bevölkerung bedeutet mehr Polizei“ fand Koll. Rahm eine treffende Einleitung und informierte Herrn Wansch darüber, dass landauf, landab zu wenige Polizisten in den operativen Diensten sind, wegen der fortschreitenden Kriminalität in Großstadtbereichen fehle es auch immer mehr an Polizei in der Fläche: „Unsere Misere ist nicht unbedingt die Bewältigung der Sachbearbeitung, sondern – und das vor allem nachts – die Streifenwagen mit uneingeschränkt dienstfähigen KollegInnen zu besetzen!“

Und Rahm weiter: „Das (Personal-)Problem ist nicht nur ein Problem der Polizei intern, sondern auch eines der Bevölkerung!“

Der Vorsitzende der KG PP KL, Koll. Karl Kauf, erinnert auch an die gewerkschaftliche Forderung nach 10 000 Polizisten in Rheinland-Pfalz, wodurch u. a. auch die zu Lasten des WSD gehende jährliche Verstärkung der Kriminalpolizei abgedeckt werden könnte.

„Auch wir wollen unser Stück vom Kuchen!“ fordert Koll. Kauf Herrn Wansch als Mitglied der Regierungsfraktion auf, die im Tarif-Bereich erzielte Gehaltserhöhung von 2,9% auch auf die Beamten zu übertragen.

Herr Wansch, der nicht unvorbereitet in die Gesprächsrunde gekommen war, erinnerte an eine zahlenköpfige Überbesetzung im PP Westpfalz von über 70 BeamtInnen, ergänzte jedoch sofort, dass man Zahlen nur unter Berücksichtigung ihrer Bezugsgrößen sehen könne und wusste auch um die Problemfelder in der Westpfalz, nämlich der hohen Altersstruktur und der hohen Anzahl von eingeschränkt Dienstfähigen: „Ei-

ne Dienststelle könne objektiv (zahlenmäßig) schon in Ordnung sein, subjektiv – wegen der o. g. geschilderten Probleme – eben nicht!“



V. li.: Jakob Krob, MdL Thomas Wansch, Karl Kauf und Heinz Rahm

Als Ansatz wolle Herr Wansch sowohl im Innen- wie auch im Finanzministerium die schon bekannten wie auch die in der Gesprächsrunde hinzugekommenen Erkenntnisse über die damit verbundenen Auswirkungen gerade im Schichtdienst vortragen.

Als „Beamter von Haus aus“ zeigte sich Wansch offen für die Forderung nach der für die Beschäftigten erzielten Gehaltserhöhung, als „Finanzer“ jedoch müsse er mit Zahlen rechnen und bezifferte den Unterschied vom bisherigen Stand einer Gehaltserhöhung von 0,5% zu den geforderten 2,9% als nicht machbar; nach Hochrechnungen würde sich die aktuell veranschlagte und für die Gehaltserhöhung der Beamten (man denke hier nicht nur an ca. 9000 PolizeibeamtInnen, sondern auch an ca. 38 000 Lehrer im Land) vorgesehene Summe von schätzungsweise 30 bis 40 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre auf das Sechsfache er-

höhen, was ohne Eingriff in die momentane Stellenstruktur, d. h., kein Personalabbau wie z. B. in Hessen, keine Absenkung von Eingangsämtern, kein Einstellungs-Stopp, momentan „nicht zu stemmen“ sei und verwies in diesem Zusammenhang auch auf ca. 5 Millionen Euro „Verlust“ durch die Rückkehr zur A 9 als Eingangssamt.

ben, könnte rechnerisch innerhalb eines Jahres nur durch zusätzliche 140 Kollegen abgebaut werden. Die gewerkschaftliche Forderung nach 10 000 Polizeibeamtinnen und -beamten wurde erneut erhoben, um einer weiteren Ausdünnung des Schichtdienstes entgegenzuwirken. Die Realität ist leider die, dass im Bereich des PP Westpfalz seit der



V. li.: Jürgen Cörper, MdL Norbert Stretz, MdL Alexander Fuhr, MdL Fritz Presl, Joachim Burkhart und KG-Vorsitzender Jakob Krob

Trotz bzw. gerade wegen dieser doch sehr unbefriedigenden Auskunft wurde Herr Wansch nach einer angenehmen Gesprächsrunde mit den Worten verabschiedet, dass gerade die GdP zusammen mit den Gewerkschaften des DGB für ihre keinesfalls utopischen Ziele weiterkämpfen werde!

KG PD Pirmasens

Am 31. August 2007 hat der Vorstand der Kreisgruppe PD Pirmasens die örtlichen Landtagsabgeordneten der SPD zu einem Gespräch eingeladen. In lockerer Runde wurde die besondere Situation der Polizei in der Westpfalz, der hohe Altersschnitt, insbesondere im Schichtdienst, und die hohe Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Kollegen erörtert. Der Überstundenberg, den die Kolleginnen und Kollegen der Westpfalz, auch schon vor der Fußballweltmeisterschaft vor sich herscho-

Polizeireform mehr als 100 Stellen dem Schichtdienst entzogen und neu geschaffene Stellen im Tagesdienst damit versorgt wurden. Auch, wenn niemand an der Notwendigkeit eines SG Jugend oder einer AG Fahndung zweifelt, so darf es doch nicht dazu führen, dass alle Neuerungen auf dem Rücken des Schichtdienstes ausgetragen werden, getreu dem Motto: „Der Schichtdienst ist die Kuh, die jeder melkt, aber keiner füttert!“ Die Gewerkschafter waren erstaunt, wie gut die Abgeordneten über die Polizei informiert waren, aber auch schockiert über die Darstellung der Haushaltslage und die kompromisslose Haltung bezüglich der Übertragung des Tarifabschlusses von 2,9% auf die Beamten. Den Abgeordneten wurde versprochen, dass die GdP, zusammen mit den Gewerkschaften des DGB, noch einige offensive Veranstaltungen zu dieser Ungerechtigkeit abhalten werden.

red

Rolle der Gewerkschaften – Tarifverträge

Vom 28. 8. bis 29. 8. 2007 fand im schönen Ort Brodenbach an der Mosel im Seminarhotel der Fam. Peifer das tarifpolitische Seminar für Neueinsteiger der Gewerkschaft der Polizei statt. Zwei äußerst interessante, lehrreiche und schöne Tage.

Die Referenten, Margarethe Relet und Dieter Kronauer, beide GdP-Landesvorstand, begrüßten die angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Tarifbereich verschiedener Polizeidienststellen des Landes aufs Herzlichste. Nach Intensivvorstellung der Teilnehmer und Seminarvorbereitung wurde auch schon „voll eingestiegen“. Themen wie „Warum ist Tarifpolitik wichtig“ und „Einfluss



Die Seminarteilnehmer

des Tarifrechts auf die Beamtensoldung“ wurden heiß diskutiert. Der neue Tarifvertrag für die Länder wurde unter die Lupe genommen und in Gruppenarbeit die positiven und negativen

Entwicklungen im Tarifbereich analysiert. Bei der Präsentation der Ergebnisse konnten die wesentlichen Probleme festgehalten werden, die künftig angegangen werden müssen. Dazu

gehört in erster Linie eine leistungsgerechte Bezahlung.

Für den ersten Tag geschafft, aber trotzdem zufrieden, kam am Abend das gemütliche Beisammensein nicht zu kurz. Am zweiten Tag wurde u. a. in Gruppen die Arbeit der Personalräte beleuchtet, beginnend von der Tätigkeit des örtlichen Personalrates bis zum Hauptpersonalrat. Auch hier zeigte sich, wie wichtig und unverzichtbar Personalratsarbeit ist.

Das Fazit am Ende des Seminars für uns Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

„Nur gemeinsam sind wir stark“!

*Anneliese Nuppeney
und Simone Schmitt*

KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT POLIZEI

Office 2007 für private Nutzung?

Das ISM hat eine „Rahmenkonzeption zur Bekämpfung jugend- und gruppenspezifischer Aggressionsdelikte“ aufgelegt. Sie befindet sich derzeit bei den Behörden zur Stellungnahme.

Der HPRP wird die TeilnehmerInnen am Trageversuch „blaue Uniform“ voraussichtlich am 2. Oktober zu einem Gespräch über ihre Erfahrungen einladen. Wegen der Qualitätsanforderungen an die Stoffe, Reißverschlüsse pp. sollen Experten eingebunden werden.

Die Probephase „FuStw mit reduzierter Ausstattung“ ist positiv verlaufen. Lediglich die Sondersignalanlage fand wenig Gefallen – sie soll durch ein Dachbalkensystem ersetzt werden. Die ZPT wird den Bedarf ermitteln und die Ausschreibung vornehmen.

Die AG Dienstpistole konkretisiert ihre Anforderungen für die neue Pistole, die Pistolenhalter und den Einsatzgürtel.

Die Vorarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Die AG POLADIS zentral befasste sich mit dem Berechtigungskonzept für die Recherchen in der zentralen Datei. Die Zugriffsberechtigungen müssen unter Berücksichtigung des Datenschutzes definiert werden.

Das Schieß- und Einsatztraining wird reformiert. Unter Berücksichtigung der neuen PDV 211 und den neuen Möglichkeiten der in Bau befindlichen Schießzentren in Wittlich und Enkenbach wird eine landesweite Konzeption erforderlich. Diese wird auch erhebliche Auswirkungen auf die Präsidien und ihre Schieß- und Einsatztrainer haben. Auch hier sind zunächst die Behörden und Einrichtungen zur Stellungnahme aufgefordert.

Das Auswahlverfahren für die Zulassung zum höheren Polizeidienst wurde eröffnet. Eine Info-Veranstaltung findet am

26. 10. um 9.00 Uhr in der BePo in Hechtsheim statt. Die Bewerbungen müssen bis 15. 2. 2008 dem ISM vorliegen. Die Kriterien sind unverändert.

Das ISM gründete eine AG zur Optimierung u. a. des Rotationsverfahrens und der Zusammenarbeit von Präsidien und der BePo. Die BePo hat hierzu bereits intern Vorarbeit geleistet. Der HPRP wird in der AG durch Koll. Helmut Knerr (BePo) und Ralf Schreiber (Präsidien) vertreten sein.

Auf Drängen des HPRP widmet sich die Zentrale Stelle IT des ISM dem Gesundheitsschutz: Bei der Anschaffung von Druckern soll der Schutz der Atemluft Vorrang eingeräumt werden. Eine Machbarkeitsstudie soll klären, wie ein modernes Druckerkonzept und die spezifischen Anforderungen im Polizeidienst unter einen Hut gebracht werden können. Vorteil für den Dienstherrn: Die Zahl

der zu beschaffenden Drucker könnte reduziert werden. Die Machbarkeitsstudie wird für den HPRP von Koll. Josef Schumacher (Trier) begleitet.

Bei der Neubeschaffung des Softwarepakets Office 2007 sollen auch die MitarbeiterInnen profitieren können. Zu reduziertem Preis könnte die Software für private Zwecke (zu Hause) genutzt werden. Dem guten Plan steht noch das Finanzministerium im Wege – dort werden Bedenken wegen des „geldwerten Vorteils“ und dessen Besteuerung formuliert.

Die Bahnstrecke Koblenz–Mainz wird angeblich künftig von einem privaten Anbieter bedient. Der HPRP wird klären, ob dies Auswirkungen auf die Job-Tickets haben wird.

*Dieter Kronauer,
Margarethe Relet
(Polizeibeschäftigte),
Ernst Scharbach (Beamte)*

MOSER macht ihr Auto fit !

Kfz-Meisterbetrieb – Karosseriefachbetrieb – Lackierereifachbetrieb – Elektrofachbetrieb - Gebrauchtwagenmarkt



Wir schenken Ihnen die Mehrwertsteuer*

*Für Mitglieder der GdP übernehmen wir bei folgenden Leistungen die Mehrwertsteuer!!!

- Service, Inspektion & Reparaturen aller Fahrzeugtypen und Transporter
- Schnelle und unkomplizierte Auftragsabwicklung
- Nach- und Umrüstung der Fahrzeuge auf Autogas
- Bremsendienst
- Karosserie / Tuning / Glasservice
- Computerachsvermessung
- Sommer-/Winterreifen Einlagerung
- Hol- und Bringdienst
- Lackierungen

In Kooperation mit



Kommen Sie vorbei - wir sind für Sie da:

Öffnungszeiten:
 Montag-Freitag 07.00-20.00 Uhr
 Samstag 08.00-16.00 Uhr
 Notdienst 24 Stunden (MOBIFIT Mobilitätsgarantie)
 Annahme 24 Stunden (Annahmebox)

Anschrift:
 MOSER GmbH
 Blechhammerweg 13-27
 67659 Kaiserslautern



Tel.: 0631 – 414 16 20



www.autofit-moser.de



Bezirkskonferenz mit Neuwahlen

Unter neuer Führung geht die Bezirksgruppe Koblenz die Arbeit in den kommenden Jahren an. Die Delegierten wählten einstimmig Hans-Joachim Eggert, Vorsitzender der Kreisgruppe Westerwald/Rhein-Lahn, zum neuen Bezirksgruppenvorsitzenden. Er übernimmt damit die Aufgaben des langjährigen Vorsitzenden Hermann-Josef Barz, der im November in die Freistellungsphase der Altersteilzeit tritt und aus dem aktiven Dienst ausscheidet.

Zu ihrer Bezirkskonferenz am 24. 8. 2007 in Ettinghausen/Westerwald trafen sich die Delegierten der GdP-Bezirksgruppe Koblenz, die sich aus Vertretern der Kreisgruppen Koblenz, Mayen, Westerwald/Rhein-Lahn und Neuwied/Altenkirchen zusammensetzt und mit 1525 Mitgliedern die größte Bezirksgruppe im Land ist. Auf der Tagesordnung standen u. a. Neuwahlen und die Verabschiedung der bisherigen Vorstandsmitglieder Hermann-Josef („Jöbi“) Barz, Peter Hahmann, Klaus Mies und Bernhard Eisenbarth.

Unter den anwesenden Gästen befanden sich Vertreter der Politik; MdL Matthias Lammert (CDU), des DGB, Kollegin Gabi



Neuer Bezirksgruppenvorsitzender Koblenz

Weber, der Mitgliedsgewerkschaften, Kollegin Marion Paul (ver.di), Vertreter der regionalen Verwaltung, Landrat Peter-Paul Weinert, und Vertreter der Behörde, Herr LPD Jürgen Mosen, Herr RD Martin Melzer und Herr PD Joachim Knopp.

Im öffentlichen Teil stellte der stellv. Landesvorsitzende Heinz-Werner Gabler die derzeitige prekäre Situation der Polizei in Rheinland-Pfalz dar. Sehr anschaulich verdeutlichte er hierbei insbesondere die personellen Missstände, u. a. im Wechselschichtdienst, die Einsparauflagen im Tarifbereich und auch die derzeitige angedachte Besoldungserhöhung von lediglich 0,5 Prozent.

Der neue Bezirksgruppenvorsitzende erklärte für den Vorstand, dass er ein kompetenter Ansprechpartner sein will.



Kinderschminken mit Melanie Hahmann

Die gewerkschaftlichen Ziele sollen nachhaltig vertreten werden. Zu der angedachten Besoldungserhöhung nahm auch er klar Stellung und unterstrich noch einmal den Anspruch der GdP: **„Wir haben mehr verdient und fordern unser Stück vom Kuchen.“**

Im Anschluss an die Bezirkskonferenz fand das Familienfest der Bezirksgruppe Koblenz statt. Bei strahlendem Sonnenschein konnte mit Unterstützung der PVAG und der Sparda



Hans-Joachim Eggert

Bank Südwest ein reichhaltiges Programm geboten werden. So wurden u. a. Rundflüge mit einem Hubschrauber verlost und bei einem Tischfußball-Turnier gewannen die Sieger je eine VIP-Karte für die Bundesliga-Begegnung Dortmund/Werder Bremen. Die Kinder hatten ihren Spaß beim Ponyreiten und Kinderschminken. Es gab Kaffee und Kuchen und mit Unterstützung des ortsansässigen Stammtisches wurden in einem „Backes“ Pizza und Flammkuchen gebacken. Die „Nicht-Italiener“ konnten aus einem reichhaltigen Angebot vom Grill und aus der Pfanne wählen. Die Gäste zeigten sich hochzufrieden und geizten nicht mit Lob. Der Vorstand dankt allen Helferinnen und Helfern für den tatkräftigen Einsatz.

AE

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Heinrich Schaumberger, KG PD Neustadt
 Friedrich Schneider, KG Wasserschutzpolizei
 Manfred Meurer, KG PP/PD Koblenz
 Heidemarie Schnitzler, KG Rhein-Nahe
 Hans Stenzhorn, KG Bepo Mainz
 Werner Gilberg, KG PP/PD Koblenz
 Werner Hartmann, KG Bepo Mainz
 Gudrun Schenk, KG Vorderpfalz
 Peter Mauß, KG Bepo Enkenb.-Alsenborn
 Berthold Schmitt, KG PD Wittlich
 Alois Wilhelm, KG PD Trier

WIR TRAUERN UM

Werner Sorg, KG Vorderpfalz, 53 Jahre
 Fredy Schwarz, KG PP/PD Koblenz, 51 Jahre
 Heinrich Kühner, KG Vorderpfalz, 58 Jahre
 Ernst Friedrichs, KG Rhein-Nahe, 82 Jahre
 Peter Dreher, KG PP/PD Mainz, 59 Jahre
 Erich Schuboth, KG PD Neustadt, 96 Jahre
 Heinz Loduchowski, KG PP/PD Koblenz, 81 Jahre
 Gerda Fischer, KG PD Worms, 86 Jahre
 Rainer Nauroschat, KG PP Westpfalz, 55 Jahre
 Ehemann v. Kollegin Margit Nauroschat
 Gerold Wolf, KG PD Kaiserslautern, 61 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.